

### **SPD: Ideologie statt Politik**

Die Hochschulpolitik der SPD ist gekennzeichnet durch Reformruinen und innerparteilichen Ideologiestreit. Bundeswissenschaftsminister Leussink trat schließlich am 4. 2. 1972 zurück.

Die SPD hat in den von ihr regierten Bundesländern bisher nur zwei Universitäten gegründet: die sozialistische Kaderschmiede Bremen und die Reformruine Kassel. An einigen Pädagogischen Hochschulen Nordrhein-Westfalens hat sie rechtzeitig zu den Wahlen die Türschilder gewechselt, um sie nun als „neugegründete Gesamthochschulen“ verkaufen zu können.

Die SPD hat im Bundestag das Scheitern des Hochschulrahmengesetzes zu verantworten, nachdem sie seine Beratung in den Ausschüssen wegen ihrer eigenen inneren Zerrissenheit über 1½ Jahre hinweg verschleppte.

Die SPD hat es hingenommen, daß ihr neuer Wissenschaftsminister von Dohnanyi durch seine eigenen Parteifreunde an der Einigung mit der CDU/CSU über ein realistisches Hochschulrahmengesetz gehindert wurde.

Die SPD hat durch ihre Hochschulgesetze in Berlin und Niedersachsen der Radikalisierung der dortigen Hochschulen Tür und Tor geöffnet und sie damit funktionsunfähig gemacht.

Die SPD hat in Bremen die Koalition mit der FDP scheitern lassen, um marxistischen Lehrstuhlwerbenden den „Marsch durch die Institutionen“ ihrer neuen Universität zu ermöglichen.

Die SPD hat es hingenommen, daß ihr eigener Kultusminister in Niedersachsen, Prof. Oertzen, ein gegen seinen Freund, Prof. Seifert (TU Hannover), eingeleitetes Disziplinarverfahren niederschlug. Selbst der SPD-Ministerpräsident Kubel nannte die staats- und demokratiefeindlichen Äußerungen Seiferts „politisch absolut unerträglich“.

### **CDU: Politik der Taten**

Für die CDU gilt in der Hochschulpolitik der Grundsatz: mehr Freiheit, mehr Verantwortlichkeit, mehr Leistung. Diesem Grundsatz läßt sie Taten folgen — seit 20 Jahren schon.

Die CDU hat in den von ihr regierten Bundesländern den Ausbau und Neubau von Hochschulen energisch vorangetrieben. Nahezu alle Hochschulneugründungen nach 1945 wurden von Kultusministern der Union in die Wege geleitet: Augsburg, Bielefeld, Bochum, Dortmund, Konstanz, Mainz, Regensburg, Trier/Kaiserslautern, Ulm.

Unsere Landesregierungen haben erheblich mehr Studienplätze bereitgestellt als SPD-regierte Länder: Allein Baden-Württemberg und Bayern stellen über 15 000 Studienplätze mehr bereit als derzeit aus diesen Ländern Studenten kommen.

Die CDU hat mit der Änderung des Grundgesetzes und dem Hochschulbauförderungsgesetz die Voraussetzung für die finanzielle Beteiligung des Bundes am Hochschulaus- und -neubau geschaffen.

Die CDU hat den Entwurf eines Hochschulrahmengesetzes im Bundestag eingebracht, das die Freiheit von Forschung, Lehre und Lernen sichert. Zugleich wird darin durch eine ausreichende staatliche Aufsicht gewährleistet, daß die Hochschulen kein Staat im Staat werden. Gefordert wird außerdem eine funktionsgerechte Mitbestimmung und für die Studienreform das gleichberechtigte Zusammenwirken von Staat, Hochschule und beruflicher Praxis.

Die CDU hat energisch durchgegriffen, wo linksextreme Gruppen in den Hochschulen die demokratische Ordnung zu untergraben versuchten. (So z. B. Kultusminister Prof. Wilhelm Hahn in Heidelberg im Falle des Baader-Meinhoff-Sympathisanten Prof. Brückner; Kultusminister Prof. Hans Maier durch die Sperre der studentischen Zwangsbeiträge für den kommunistisch unterwanderten VDS).